

BUNDESRAT

Stenografischer Bericht

870. Sitzung

Berlin, Freitag, den 21. Mai 2010

Inhalt:

Zur Tagesordnung	169 A	Jürgen Seidel (Mecklenburg-Vorpommern)	175 D
Einzigster Punkt der Tagesordnung:		Prof. Dr. Wolfgang Reinhart (Baden-Württemberg)	176 C
Gesetz zur Übernahme von Gewährleistungen im Rahmen eines europäischen Stabilisierungsmechanismus (Drucksache 298/10) .	169 A	Michael Boddenberg (Hessen)	179 A
Kurt Beck (Rheinland-Pfalz)	169 B	Steffen Kampeter, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen	180 C
Dr. Jürgen Rüttgers (Nordrhein-Westfalen)	172 D	Beschluss: Kein Antrag gemäß Artikel 77 Absatz 2 GG	182 D
Dr. Helmuth Markov (Brandenburg)	174 C	Nächste Sitzung	182 D

Verzeichnis der Anwesenden**V o r s i t z :**

Vizepräsident Peter Müller, Ministerpräsident und Minister der Justiz des Saarlandes

Amtierender Präsident Kurt Beck, Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz – zeitweise –

S c h r i f t f ü h r e r i n :

Prof. Dr. Angela Kolb (Sachsen-Anhalt)

B a d e n - W ü r t t e m b e r g :

Stefan Mappus, Ministerpräsident

Prof. Dr. Wolfgang Reinhart, Minister für Bundes-, Europa- und internationale Angelegenheiten und Bevollmächtigter des Landes Baden-Württemberg beim Bund

B a y e r n :

Emilia Müller, Staatsministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und Bevollmächtigte des Freistaates Bayern beim Bund

B e r l i n :

Gisela von der Aue, Senatorin für Justiz

B r a n d e n b u r g :

Dr. Helmuth Markov, Minister der Finanzen

B r e m e n :

Jens Böhrnsen, Präsident des Senats, Bürgermeister, Senator für kirchliche Angelegenheiten und Senator für Kultur

Karoline Linnert, Bürgermeisterin, Senatorin für Finanzen

Dr. Kerstin Kießler, Staatsrätin, Bevollmächtigte der Freien Hansestadt Bremen beim Bund

H a m b u r g :

Carsten Frigge, Senator, Präses der Finanzbehörde

H e s s e n :

Michael Boddenberg, Minister für Bundesangelegenheiten und Bevollmächtigter des Landes Hessen beim Bund

M e c k l e n b u r g - V o r p o m m e r n :

Jürgen Seidel, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus

N i e d e r s a c h s e n :

Hartmut Möllring, Finanzminister

Bernd Busemann, Justizminister

N o r d r h e i n - W e s t f a l e n :

Dr. Jürgen Rüttgers, Ministerpräsident

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration und Minister für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien

R h e i n l a n d - P f a l z :

Kurt Beck, Ministerpräsident

S a a r l a n d :

Karl Rauber, Minister für Bundesangelegenheiten, Kultur und Chef der Staatskanzlei

Sachsen:

Dr. Johannes Beermann, Staatsminister und
Chef der Staatskanzlei

Thüringen:

Dr. Jürgen Schöning, Minister für Bundes- und
Europaangelegenheiten und Chef der Staats-
kanzlei

Sachsen-Anhalt:

Prof. Dr. Angela Kolb, Ministerin der Justiz

Von der Bundesregierung:

Eckart von Klaeden, Staatsminister bei der Bun-
deskanzlerin

Schleswig-Holstein:

Dr. Juliane Rumpf, Ministerin für Landwirt-
schaft, Umwelt und ländliche Räume

Dr. Werner Hoyer, Staatsminister im Auswärti-
gen Amt

Steffen Kampeter, Parl. Staatssekretär beim Bun-
desminister der Finanzen

(A)

(C)

870. Sitzung

Berlin, den 21. Mai 2010

Beginn: 12.46 Uhr

Vizepräsident Peter Müller: Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich eröffne die 870. Sitzung des Bundesrates.

Die **Tagesordnung** liegt Ihnen in vorläufiger Form mit einem einzigen Punkt vor.

Gibt es Wortmeldungen zur Tagesordnung? – Das ist nicht der Fall.

Dann ist sie so **festgestellt**.

Wir kommen zum **einzigen Tagesordnungspunkt**:

(B) **Gesetz zur Übernahme von Gewährleistungen im Rahmen eines europäischen Stabilisierungsmechanismus** (Drucksache 298/10)

Es liegen mehrere Wortmeldungen vor. Das Wort hat der Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz, Herr Kollege Beck. Bitte schön.

Kurt Beck (Rheinland-Pfalz): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir kommen erneut zusammen, um über ein Finanzpaket von gigantischen Dimensionen, diesmal über einen Schutzschirm für die europäische Währung, zu beraten.

Ich habe gestern in der „Financial Times“ ein Zitat des Chefs der Börsenaufsicht BaFin gelesen und hatte den Eindruck, er bringt auf den Punkt, was auch ich empfinde. Er hat formuliert: „Eigentlich müsste einem blüherant sein, mir ist auch nicht gut.“ Ich meine, das trifft eine Gemüts- und Gefühlslage, die uns alle bewegt.

Es ist dennoch nötig, dass wir uns der Herausforderung stellen, dass wir miteinander betonen: Die **europäische Währung hat hohe Bedeutung für** unser Land und für **ganz Europa**, und sie hat eine wichtige Funktion in den Finanzmärkten sowie in den wirtschaftlichen Abläufen global. Insoweit kann es keinen Zweifel daran geben, dass die Stabilität der Währung im Vordergrund all unserer Bemühungen stehen muss. Ich unterstreiche, was auch in der Debatte über die Griechenland-Hilfe angesprochen

worden ist, dass wir alles tun müssen, um den Menschen zu signalisieren: Es wird getan, was in unseren Möglichkeiten steht, um die Währung stabil zu halten und den Menschen die Sorge zu nehmen, dass ihr Ersparnis, ihre Altersvorsorge, ihr Erwirtschaftetes in Frage stehen könnte.

Was manche sogenannte Finanzexpertinnen und -experten in den vergangenen Tagen in Fernsehsendungen von sich gegeben haben, war alles andere als hilfreich. Da ist spekuliert worden, man könne ja im eigenen Garten Lebensmittel anbauen. Oder der Chef der größten Bank in Deutschland hat sehr kryptische Bemerkungen darüber gemacht, was er EU-Staaten, beispielsweise Griechenland, an Stabilisierung zubilligt. Es geht darum, die Realität und die Sorgen nicht zu verdrängen, sie aber auch nicht künstlich anzuheizen. Wir dürfen es **nicht zulassen, dass die Furcht der Menschen** durch Äußerungen, die nicht abgewogen sind, **vergrößert wird**.

Meine Damen und Herren, sicherlich muss gehandelt werden, wenn die gemeinsame europäische Währung in einer solchen Gefährdungslage ist. Aber es muss mehr getan werden, als nur die Wunden zu versorgen, die da geschlagen worden sind; das ist meine feste Überzeugung, die heute auch im Deutschen Bundestag von Seiten der Sozialdemokraten zum Ausdruck gebracht worden ist. Die Ursachen, die immer wieder aufs Neue zu Herausforderungen in gigantischer Größenordnung führen, müssen bekämpft werden.

Ja zur Hilfe und Ja zum Eindämmen der Finanzspekulation! Das müssen die zwei Seiten derselben Medaille sein. Nach den Debatten der vergangenen Tage und des heutigen Tages muss man leider den Eindruck haben, dass der zweite Teil unzureichend klar und unzureichend verbindlich gemacht worden ist. Es ist nicht möglich gewesen, das, was hinsichtlich der **Eindämmung von Finanzspekulationen** verbal angeblich gemeinsame Position ist, in einem Beschluss des Deutschen Bundestages nachvollziehbar zu machen, was eine Grundlage geboten hätte für die Entscheidung, die wir im Bundesrat jetzt zu treffen haben.

(D)

Kurt Beck (Rheinland-Pfalz)

(A) Niemand kann daran interessiert sein, mit Geschäftsordnungseinwänden oder Fristenreden eine Entscheidung zu verzögern. Deshalb haben wir vor zwei Wochen und auch heute keinen Gedanken darauf verschwendet. Wir werden auch darauf verzichten, die Anrufung des Vermittlungsausschusses zu beantragen; ich sage das auch für die Kollegen, die aus sozialdemokratischer Verantwortung heraus ihre Aufgabe für ihre Länder erfüllen. Denn wir alle wissen, dass alles, was zu neuen Spekulationen Anlass bieten kann, nicht hilfreich ist. Ich bitte das aber nicht so zu interpretieren, dass durch den Verzicht auf ein solches duales Vorgehen unser Ziel – das Notwendige zum Schutz der Währung zu tun und die Finanzspekulationen einzudämmen – aufgegeben würde. Ich teile die Position, dass das, was der Deutsche Bundestag vorgegeben hat und vom Bundesrat zu bestätigen ist, nicht klar und verbindlich genug ist.

Was die Eindämmung von Finanzspekulationen angeht, haben wir eine **internationale Aufgabe** vor uns. Es ist unstrittig, dass jeder regionalen Lösung eine Lösung auf europäischer Ebene oder auf globaler Ebene vorzuziehen ist. Aber wir dürfen uns nicht hinter der Verweigerungshaltung des einen oder anderen sicherlich wichtigen Landes – beispielsweise Kanada – verbergen und deshalb nicht handeln. Für den Fall, dass wir global nicht oder noch nicht vorankommen, müssen wir in einer klaren Abstufung nach einem europäischen Weg suchen. Sollte ein solcher nicht erreichbar sein, muss der Euro-Raum für eine klare Lösung genutzt werden.

(B) Es ist beachtlich, dass es dazu sehr deutliche Signale gibt. Wir haben Jean-Claude Juncker aus Luxemburg in besonderer Weise Verantwortung für die Währung übertragen. Er spricht sich für eine Lösung auf europäischer Ebene aus, aber ausgerechnet die Deutschen machen durch Unklarheit und Unbestimmtheit die Fragezeichen eher größer. Das ist ein schweres politisches Versäumnis. Ich kann es mir nur damit erklären, dass die gesamte deutsche Bundesregierung nicht genau weiß, was sie will, oder wissen oder definieren will, was sie will. Vielleicht liegt es aber auch daran, dass man scheinbar schlüssige Formelkompromisse öffentlich vorträgt, die nicht so weit tragen, dass sie in ein Papier, das Beschlussgrundlage für die deutschen Parlamente sein könnte, gegossen werden können.

Dass wir daran Zweifel lassen, ob das Wort des deutschen Finanzministers in der heutigen Debatte des Deutschen Bundestages tragfähig ist, was die Koalition und ihr Handeln in der Zukunft angeht, wenn man die Beschlussfassung vermeidet, ist angesichts der **Abläufe der vergangenen Monate** nachvollziehbar. Ich rufe sie in Erinnerung:

Noch im **Februar** dieses Jahres hat der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen Koschyk im Deutschen Bundestag ausgeführt: „Die Frage von finanziellen Hilfen (für Griechenland) stellt sich nicht.“

Die Frau Bundeskanzlerin hat am **9. März** dieses Jahres der Presse gegenüber gesagt: „Nach meiner

Beurteilung braucht Griechenland keine Unterstützung.“ Am **21. März** folgte im Deutschlandfunk die Aussage: „Ich glaube, wenn Griechenland keine Hilfe braucht, dann muss dieses Thema auch nicht im Vordergrund der Diskussion stehen.“ (C)

Am **23. März** sagte der Bundesaußenminister ebenfalls im Deutschlandfunk: „Ich fürchte, man wird auch die Reformbemühungen von Papandreou in Griechenland eher schwächen, wenn man jetzt auch Geld ins Schaufenster stellt (...).“

Am **7. Mai** sind wir hier zusammengekommen, um über 22,4 Milliarden Euro mitzubefinden. Am gleichen Tag und übers Wochenende sind die Gespräche auf europäischer Ebene fortgeführt worden. Das Ergebnis, das mit den Debatten des Deutschen Bundestages und des Bundesrates eingeleitet wurde, ist das 750-Milliarden-Paket, über das wir öffentlich informiert worden sind. 440 Milliarden Euro davon sind von den Nationalstaaten des Euro-Raums und 60 Milliarden Euro von den gesamten EU-Staaten zu erbringen.

Man fragt sich: Worauf kann man sich stützen?

Am 7. Mai hat der Parlamentarische Geschäftsführer der Fraktion der FDP, Herr Otto Fricke, erklärt: „Es bleibt bei den 22,4 Milliarden Euro, die der Bundestag heute mit dem Gesetzentwurf beschließen wird, es wird kein einziger Cent mehr.“ Ich habe wörtlich zitiert, es geht nicht um Griechenland. Wer die Rede im Zusammenhang verfolgt hat, liebe Damen und Herren auf der Regierungsbank, muss sagen: Das war eine Zusage, die auf die gesamte Finanzverantwortung Deutschlands gezielt hat. Im Nachhinein kann man uminterpretieren. Aber ich glaube, das Ziel war, eine deutliche Aussage zu machen. Ich habe das Zitat vor mir liegen. Ich meine, das ist im Kontext nicht anders zu verstehen. Hauptüberschrift der Rede war „Gewährleistungen zum Erhalt der Finanzstabilität in der Währungsunion“. Mir geht es nicht darum, im Nachhinein zu interpretieren. Ich will aber fragen: Sind wir heute einigermaßen dagegen abgesichert, dass uns die nächste Herausforderung wieder in Zwei-Wochen-Frist einholt? Das muss man nach der Erfahrung, die wir gemacht haben, doch fragen dürfen. (D)

Bei allem Respekt vor der Verhandlungsintensität in solchen Zeiten – das können wir alle gut nachvollziehen –: War es in den vergangenen zwei Wochen tatsächlich nicht möglich, wenigstens eine Stunde lang mit der Regierungschefin und den Regierungschefs der deutschen Länder über diese Frage zu sprechen? Der oft gescholtene Bundeskanzler Gerhard Schröder hat dies – meine Kolleginnen und Kollegen, die damals dabei waren, werden sich erinnern – bei wichtigen Fragen regelmäßig getan. Wir wurden über Einschätzungen und Hintergründe informiert, von Truppeneinsätzen im Ausland bis hin zu innenpolitischen und wichtigen finanzpolitischen Themen.

Auch wenn ich dabei bleibe, dass wir vor dem Hintergrund der Lage nicht von Fristenrede oder sonstigem Drohpotenzial reden, so formuliere ich doch den

Kurt Beck (Rheinland-Pfalz)

- (A) **Anspruch, dass der Bundesrat** als eines der beiden deutschen Parlamente **ernst genommen wird** und nicht gestern einen Gesetzentwurf bekommt, der heute abschließend behandelt werden soll.

Ich will nicht die öffentlich geäußerte Kritik wiederholen, dass niemand wirklich weiß, wie die **Zweckgesellschaft**, d. h. der zu konstruierende Schutzschirm, aussehen soll. Aber dass wir zumindest miteinander reden und dass wir ernst genommen werden, insbesondere wenn es um eine so elementare Frage geht, mit Verlaub, das hätten wir verdient. Dann hätten wir die Chance gehabt, neben der Frage der Zweckgesellschaft ein paar andere Fragen zumindest auf den Tisch zu packen.

Was ist beispielsweise, wenn von den 60 Milliarden Euro, die die EU ihrerseits darzustellen hat, ein Teil oder sogar der gesamte Betrag notleidend wird? Aus welchen Programmen soll das dargestellt werden? Hat das nichts mit der Interessenlage der deutschen Länder zu tun? Woher sonst soll das Geld kommen, wenn über EU-Förderprogramme solche Beträge dargestellt werden müssen? Hätten wir nicht das Recht darauf gehabt, darüber mit der deutschen Bundesregierung zu reden? Dass das nicht in einer abschließenden Debatte wie der heutigen zu klären ist, wissen wir alle. Die Chance, in den Ausschüssen darüber zu beraten, hatten wir nicht. Ich finde, das ist ein **Stil des Umgangs miteinander** – ich prangere das nicht an, weil ich beleidigt bin –, der in einer Situation, in der Vertrauen geschaffen werden müsste, Misstrauen mehr.

- (B) Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, dass wir – bewusst oder unbewusst – **über viele wichtige Fragen** im Zusammenhang mit diesem riesigen Paket **im Unklaren gelassen** werden. Man appelliert an unsere patriotische Pflicht – in Ordnung! Man appelliert an unser Europabewusstsein – in Ordnung! Aber es zeugt nicht von Ernsthaftigkeit, auch was die handwerkliche Unterlegung dessen angeht, was uns abverlangt wird, wenn man uns die Möglichkeit zu Gesprächen nicht einräumt.

Ich will noch einmal deutlich machen: Wir sind nicht Blockierer oder Ähnliches. Wer jedoch die notwendigen Fragen nicht stellt oder nicht zur rechten Zeit stellen kann, handelt weder verantwortlich noch europapatriotisch.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir müssen unser Augenmerk auf die Ursachen der gegenwärtigen Entwicklung legen. Das hat auch etwas mit gemeinschaftlicher europäischer Haushaltspolitik zu tun, die jeweils auf nationaler Ebene zu vollziehen ist. Deshalb ist die **Forderung nach Haushaltsdisziplin** an Deutschland – auch an die deutschen Länder und Kommunen – und andere europäische Nationen **gerechtfertigt**. Dass wir willens sind, unseren Beitrag dazu zu leisten, hat dieses Hohe Haus gezeigt, als wir die Entscheidung über die sogenannte **Schuldenbremse** getroffen haben. Wir werden das auch zu belegen haben.

Erlauben Sie mir hinzuzufügen, dass ich in diesem Zusammenhang eine **Debatte über die Größenord-**

nung und die Zeitdimension der Haushaltseinsparpolitik in Europa für **notwendig** gehalten hätte. Der Gesichtspunkt der ökonomischen Folgen sollte nicht unterschätzt werden. Wenn wir in ganz Europa mit beiden Füßen auf die Ausgabenbremse treten, insbesondere im investiven Bereich, konterkarieren oder zerstören wir unter Umständen die Impulse, die Bund, Länder und Gemeinden in den vergangenen Jahren unter sehr hohem finanziellen Aufwand zu setzen versucht haben. Ich nenne beispielhaft das Stichwort „Konjunkturprogramm II“ zur Belebung der Wirtschaft. Alles das muss in eine ernsthafte Debatte in diesem Haus und an anderer Stelle eingeführt werden. Aber uns wird eine fertige Konzeption vorgelegt – wenn es denn eine ist; ich befürchte, es steht nicht einmal eine Konzeption dahinter –, die die Dimension der Haushaltseinsparungen und ihre Verträglichkeit mit den ökonomischen Notwendigkeiten in keiner Weise in Einklang bringt.

Die Bundesregierung hat uns vor nicht allzu langer Zeit – ich erinnere an die Debatten der letzten Monate in diesem Haus – noch mit der Notwendigkeit gigantischer **Steuersenkungen** konfrontiert, weil diese ein Beitrag zur langfristigen Stabilisierung bzw. zur Wiederherbeiführung des Wirtschaftswachstums seien. Nunmehr nimmt die Bundesregierung die gegenteilige Haltung ein – das ist eine Wende um 180 Grad – und bezeichnet diese als die einzig richtige und allein seligmachende. Angesichts dessen frage ich: Wo bleibt die Auseinandersetzung mit der ökonomischen Richtigkeit und der sozialen Verträglichkeit einer solchen Politik, wenn man in diesen Dimensionen als Bürge einstehen soll? Ich kann eine solche Auseinandersetzung nicht erkennen. Ich erlaube mir nicht nur, diese Frage hier anzusprechen, sondern ich halte das sogar für meine Pflicht.

Das sage ich auch vor dem Hintergrund, dass sich Länder und Bund vorgenommen haben, das im Bologna-Prozess, d. h. auf europäischer Ebene vereinbarte **Ziel, 10 % des Bruttoinlandsprodukts für Bildung und Forschung auszugeben**, bis zum 10. Juni dieses Jahres umzusetzen. Ich sehe nicht, wie wir die unterschiedlichen Linien noch einigermaßen zusammenbringen können, wenn im Zuge der neuen Tugend des radikalen Sparens – nach der Steuersenkungstugend – das grundsätzliche Ziel, mehr für Bildung aufzuwenden, verändert wird. Jetzt soll es weniger sein. Unklar ist, wie viel und wer welchen Beitrag leisten kann und wird. Über all das ist zu keiner Zeit miteinander gesprochen worden. Aber wir sollen am 10. Juni eine Vereinbarung treffen. In meiner Eigenschaft als Vorsitzender der Ministerpräsidentenkonferenz habe ich die Frau Bundeskanzlerin darum gebeten, sich im Vorfeld mit der Länderseite zu treffen und mit ihr über solche Fragen zu reden. Das ist bisher nicht erfolgt. Das meine ich nicht als Vorwurf. Nur, ich frage mich, inwieweit in diesen politischen Entscheidungen noch Stimmigkeit erkennbar ist bzw. wie wir sie herstellen können; denn Resignation ist keine Antwort.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, erlauben Sie mir, noch einen Punkt anzusprechen! Das soll keine Schaufensterdebatte sein; denn man spürt die

Kurt Beck (Rheinland-Pfalz)

(A) Sorgen der Menschen angesichts der Dimension von Finanztransaktionen, Bürgschaften und anderen Rettungsmaßnahmen. Unser aller Verständnis, auch das unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger, wird dadurch sehr strapaziert. Wenn davon gesprochen wird, wir in Deutschland lebten über unsere Verhältnisse, dann muss man einige Fragen in diesem Kontext ansprechen. Aus Gründen der Erhaltung einer Grundakzeptanz der Bevölkerung für die Politik in Deutschland und in Europa muss gezeigt werden, dass wir der **Finanz- und der Bankenwelt nicht alles durchgehen lassen** und dass der **Vorrang der Politik in Demokratien unverzichtbar** ist.

In den Wirtschaftsseiten der Zeitungen liest man, dass jemand, der nur 18 Monate Vorstandsvorsitzender einer Bank in Deutschland war – ich rede nicht von irgendwelchen bösen Spekulanten auf den Cayman Islands oder wo auch immer –, die zu einem Löwenanteil durch die Steuerzahler über Wasser gehalten wird – nolens volens –, einen Vertrag ausgehandelt und genehmigt bekommen hat, in dem eine Rente von 240 000 Euro jährlich vereinbart worden ist. Ich wiederhole: Man ist nach 18 Monaten auseinandergegangen; im Regelfall nennt man das „Scheitern“. In diesem Raum polemisieren wir nicht, aber, mit Verlaub, glauben Sie, wir könnten jemandem erzählen, dass wir bei Kindertagesstätten und Bildung radikale Einsparungen vornehmen müssen, wenn auf der anderen Seite – in einer mit Steuerzahlergeld gestützten Bank! – solche Dinge möglich sind? Wo und wann wird gehandelt? Ich habe unendlich viele Ankündigungen über die Begrenzung von Boni und Ähnliches gehört.

(B)

Ich habe gerade in der Zeitung gelesen – ich nehme an, es trifft zu –, dass der Vorstand einer anderen Bank, dessen Vorsitzender auf der Hauptversammlung von den Aktionärinnen und Aktionären heftig kritisiert worden ist, vorsichtshalber einen Vorratsbeschluss gefasst hat, die ursprünglich vorgesehene Obergrenze von 500 000 Euro für Vorstandsbezüge in Banken, die vom Steuerzahler gestützt werden, um 250 000 Euro zu erhöhen. Viele Ministerpräsidenten müssten zusammenlegen, um in einem Jahr auf diesen Betrag zu kommen; dabei reden wir nicht über Boni.

Meine Damen und Herren, wenn weiterhin solche Signale ausgesandt werden, dann wird Kollege Seehofer Recht behalten mit dem, was er in einem Interview mit der „Süddeutschen Zeitung“ – heute nachzulesen – gesagt hat. Das versteht kein Mensch mehr, und das wird kein Mensch mehr akzeptieren.

Es geht in diesem Zusammenhang nicht um Europatreue oder Ähnliches. Wer vernünftig ist – hier sitzen nur vernünftige Menschen –, weiß, welche Bedeutung Europa für den Frieden und unsere ökonomischen, ökologischen und sozialen Chancen in der Zukunft hat. Ich gehe davon aus, dass wir uns nicht gegenseitig unsere europäische Überzeugung absprechen. Aber wenn wir A sagen, d. h. europaweit Haushaltsdisziplin einfordern – sie ist in vernünftigen Grenzen sicherlich absolut notwendig –,

müssen wir dort, wo wir handeln können, auch B sagen. (C)

Das vermisste ich bitter. Ich hätte mir gewünscht, dass wir genauso viel Grips darauf verwendet hätten, mit der Gesetzgebung, die uns heute abverlangt wird, zumindest in einer ersten Beratung **Boni-Begrenzungen** und Ähnliches mehr zu verbinden, damit wir den Menschen ehrlich sagen können: Wir kämpfen an allen Stellen. Wir wissen aber auch, dass es mehr als Symbolpolitik ist, dass solche Bemühungen auf Gerechtigkeit gründen müssen, weil sie sonst scheitern werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist das – es gibt leider noch viel mehr –, was ich in der Kürze der Zeit deutlich machen konnte und was nicht nur mich besorgt, sondern, denke ich, viele andere auch. Ich sage noch einmal: Wir haben hier keine Möglichkeiten, aktiv zu werden, nur solche, die zu einer Verzögerung führen. Eine Verzögerung könnte für sich genommen Schaden anrichten. Deshalb verzichten wir darauf. Aber eine Einverständniserklärung mit der Verkürzung auf den Politikansatz, der uns heute hier präsentiert wird – dafür bitte ich Sie um Verständnis –, kann es nicht geben. – Vielen Dank.

Vizepräsident Peter Müller: Vielen Dank, Herr Kollege Beck!

Das Wort hat der Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, Jürgen Rüttgers. (D)

Dr. Jürgen Rüttgers (Nordrhein-Westfalen): Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Es ist gut, dass Kollege Beck gerade ausdrücklich darauf hingewiesen hat, dass es in diesem Hause einen breiten Konsens darüber gibt, dass die europäische Integration notwendig ist, dass sie fortgeführt werden muss, dass sie im nationalen Interesse ist und dass es um Substanz geht, um Freiheit, Sicherheit und Wohlstand. Deshalb ist es sicherlich nicht zu hoch gegriffen festzustellen, dass wir innerhalb kurzer Zeit wieder vor einer sehr wichtigen Entscheidung stehen: Es geht um **nationales Interesse**. Es geht um den Euro. Es geht damit auch um die Frage, ob die europäische Integration fortgeführt werden kann. Es geht darum, ob das gemeinsame Europa, an dem wir Deutsche besonderes Interesse hatten und haben, Zukunft hat.

Deswegen ist es sehr schwer zu verstehen, dass Zustimmung oder Nichtzustimmung von Verfahrensfragen abhängen soll, von der Frage, ob und, wenn ja, wo welche Gespräche stattgefunden haben und ob es möglich war, alle Punkte, die in diesem Kontext wichtig sind, jetzt schon zur Entscheidung zu bringen. Es stellt sich die Frage, ob es nicht einfach nur wichtig ist, alles zu tun, um unser nationales Interesse wahrzunehmen in dem Sinne, dass unsere gemeinsame Währung, der Euro, nicht unter die Räder kommt, nicht weich wird, nicht an Stabilität verliert, somit weit über den eigentlichen Währungsbereich

Dr. Jürgen Rüttgers (Nordrhein-Westfalen)

(A) hinaus europäische Substanz und damit nationale Substanz beschädigt wird.

Es gibt ein übergeordnetes Interesse. Das übergeordnete Interesse, das **übergeordnete Ziel** heißt **Europa**. Deshalb wird uns heute hier die Entscheidung abverlangt, einem Gesetz zuzustimmen, das zum Ziel hat, den Euro zu stabilisieren und damit Freiheit, Sicherheit und Wohlstand in Europa auch in Zukunft möglich zu machen.

Ich weiß, dass sich viele Bürgerinnen und Bürger in diesen Tagen Sorgen machen; das nehme ich sehr ernst. Man muss zugeben, dass das, was dieser Entscheidung zugrunde liegt, der Angriff auf Staaten, der **ökonomische Angriff auf den Euro**, sehr schwer zu erklären und durch nichts zu rechtfertigen ist. Wenn man sich die Frage stellt, ob es eine Alternative gibt, dann weiß ich – zumindest mir geht es so; ich vermute, vielen von Ihnen auch –, dass viele Bürgerinnen und Bürger immer besonders vorsichtig werden, wenn Politiker erklären, es gebe keine Alternative. Ich verstehe es, wenn Bürgerinnen und Bürger erklärt haben wollen, was diejenigen, die die politische Verantwortung und damit auch die Verantwortung für die Rahmenbedingungen der Ökonomie tragen, eigentlich tun. Deshalb reicht es nicht zu sagen, es gibt keine Alternative; vielmehr müssen wir uns die Mühe machen zu erklären, was wir tun.

Wenn man sich die Frage stellt, ob es richtig ist, was wir hier tun, dann kommt man nach Abwägen aller Umstände – von der europäischen Frage über die ökonomischen und die währungspolitischen Fragen bis hin zu den internationalen Beziehungen – zu der Erkenntnis, dass dieses **Rettungspaket richtig und notwendig** ist. Auch wenn man die Frage stellt, ob es im nationalen Interesse ist – nicht nur, weil es um unsere gemeinsame Währung geht – und was mit unseren Arbeitsplätzen, mit den Pensionen, den Renten, der Altersvorsorge und den Pensionsfonds passiert, wenn wir heute nicht zustimmen würden, kommt man zu der Erkenntnis, dass es richtig ist, zuzustimmen. Denn damit sagen wir denen, die den Euro schwächen wollen, die spekulieren: Wir sind nicht bereit, uns da zu beugen.

Aber es ist natürlich richtig – damit will ich das aufnehmen, was Herr Beck an einigen Punkten angesprochen hat –, das mit dem Satz zu verbinden: Mit dem Rettungspaket allein ist die Arbeit noch nicht getan; es müssen noch manche Dinge hinzukommen. Mit den Garantien und der Zweckgesellschaft, mit der der Rettungsschirm errichtet wird, verbinden sich weitere Aufgaben:

Die Empfänger einer solchen Hilfe müssen sich selbst restrukturieren; sie müssen das, was Grund für die Hilfe ist, in Ordnung bringen. Deshalb liegt mir sehr daran, deutlich zu machen, dass mit dem heutigen Beschluss kein Land in Europa aus seiner Verantwortung entlassen wird und dass es **keine Hilfe ohne Gegenleistung** geben kann.

Wir brauchen weitere Ergänzungen, z. B. – darauf hat der Bundesfinanzminister hingewiesen – ein ge-

ordnetes Verfahren für notwendige Umschuldungen, wenn man so will, so etwas wie ein **Insolvenzrecht für Staaten**. Das ist eine harte Forderung. Sie ist aber **ökonomisch notwendig, damit die Restrukturierungsmaßnahmen greifen** können. Es ist also mit dem Rettungspaket nicht getan. (C)

Herr Kollege Beck, als wir hier vor zwei Wochen anlässlich des Griechenland-Pakets darüber diskutiert haben, was notwendig ist, gab es neben einer Debatte über Verfahrensschritte, Termine, Entschlüsse und Ähnliches einen – so habe ich es empfunden – breiten Konsens darüber, dass diese Pakete dann Sinn haben, wenn es uns gelingt, **neue Regeln für die internationalen Finanzmärkte** zu bekommen. Dankenswerterweise haben Sie darauf hingewiesen, dass solche Regeln, wenn sie breit wirken sollen, **international abgestimmt** sein müssen.

Wir haben inzwischen – so habe ich die Diskussion seit unserer vorigen Plenarsitzung empfunden – **Fortschritte** gemacht. Ich habe in meiner damaligen Rede auf die Notwendigkeit weiterer Maßnahmen hingewiesen. Ich meine, seitdem ist viel passiert. Die **Bundeskanzlerin** hat in ihrer **Regierungserklärung** eine Vielzahl von konkreten Punkten nicht nur angesprochen, sondern sie hat gesagt: Das muss kommen. – Sie hat ein Programm für die anstehenden weiteren Beratungen auf der europäischen Ebene, auf der G-8-Ebene und auf der G-20-Ebene angekündigt.

Ich persönlich finde es schade, dass es vor dem Hintergrund der damaligen Entschlüsse im Deutschen Bundestag und der Fortschritte, die seitdem erreicht werden konnten, nicht möglich gewesen ist, sowohl im Bundestag als auch im Bundesrat – so haben Sie es vorgetragen – zu einem Konsens über die Grundlage zu kommen. (D)

Ich finde, es ist wichtig, dass wir gemeinsam daran arbeiten, eine neue internationale Finanzarchitektur zu schaffen. Es gibt in Europa einen neuen **Konsens** darüber, **dass der Stabilitätspakt reformiert werden muss**. Das liegt im deutschen Interesse. Das ist das, was viele Menschen in Deutschland heute umtreibt. Das ist, wenn man so will, das Grundgesetz für den stabilen Euro. Es gibt einen Konsens darüber, dass es ein **beschleunigtes Defizitverfahren** geben muss, dass zügige, harte **Sanktionen für Defizitsünder** eingeführt werden müssen und dass es eine **verschärfte Finanz- und Haushaltsaufsicht** geben muss, und das ist gut so.

Zweiter Punkt. Es gibt seitdem Fortschritte in der Finanzmarktregulierung. Damit meine ich z. B. die neuen **Regeln Europas für Hedgefonds und Private Equity** und – zunächst auf nationaler Ebene – das **Verbot ungedeckter Leerverkäufe**. Ich meine, dass es da weitere Aufgaben gibt, etwa bei den **Kreditversicherungen**, bei dem **Handel mit Derivaten**. Das alles muss transparenter werden, auch die Arbeit der **Ratingagenturen**. Ordnungspolitisch ist es richtig und notwendig, dass dort Regeln entstehen. Kein Markt, kein Produkt, kein Akteur ohne klare, eindeutige Regeln!

Dr. Jürgen Rüttgers (Nordrhein-Westfalen)

(A) Ich will einen dritten Punkt hinzufügen. Wir müssen weiter daran arbeiten, dass das Ganze von einer schlagkräftigen Finanzmarkt- und Bankenaufsicht in Deutschland und in Europa durchgesetzt wird. Je schneller die Strukturen arbeitsfähig sind, desto besser ist es.

Schließlich brauchen wir einen Mechanismus, mit dem wir die Finanzmarktakteure an den Kosten der Krise beteiligen. Die Frage, wer die Zeche bezahlt, ist noch nicht beantwortet. Das muss kommen, nicht nur wegen des gesellschaftlichen Friedens. Gewinne privatisieren und Verluste sozialisieren, das geht nicht.

Wenn das klar ist und es darüber einen Konsens gibt – ich habe die Debatte der vergangenen Tage so verstanden, dass dieser Grundsatz inzwischen einvernehmlich festgestellt ist –, dann ist auch die Konsequenz klar, und die heißt **Finanzmarktsteuer**. Sie **muss international durchgesetzt werden**; das wäre das Beste. Wenn es international nicht geht, müssen wir es in Europa machen, und wenn das nicht möglich ist, weil der eine oder andere es nicht will, dann muss es in der Euro-Zone geschehen.

(B) Wenn dies allen klar ist, Herr Kollege Beck, reden wir allerdings nur über eine Zwischenstation in einem laufenden Prozess. Ich könnte mich sofort mit Ihnen darüber verständigen, dass dafür nicht mehr unendlich viel Zeit besteht. Sie wissen genauso gut wie ich, dass es keinen Zweck hat, jetzt Termine zu nennen; denn die internationalen Tagungspläne liegen fest. Aber es muss der Versuch gemacht werden, dies international zu machen, was übrigens auch im **Interesse der Exportnation Bundesrepublik Deutschland** ist. Daran kann man keinen Zweifel haben. Sollte es jedoch nicht möglich sein – ich nehme an, was Sie gesagt haben –, dies mit unseren Partnern jenseits des Atlantiks hinzubekommen, dann ist damit eine Antwort auf das Problem nicht gegeben. Weil aber der Handlungsbedarf bestehen bleibt, müssen wir in Europa oder in Euro-Land handeln.

Meine Damen und Herren, die Bürgerinnen und Bürger stellen uns die Frage, ob wir in Deutschland und in Europa die Kraft haben, die Märkte zu regulieren und zu beaufsichtigen. Nachdem wir viele Schritte gemacht haben – nach meinem Eindruck: gemeinsam gemacht haben –, nachdem viele Schritte nicht nur in Arbeit, sondern in der konkreten Umsetzung sind, sei es in Europa oder national, scheint mir die Frage zu sein, ob wir auch nach den Erfahrungen mit der Bankenkrise die Regulierung der Märkte und die Aufsicht über die Märkte noch so hinbekommen, dass man mit gutem Gewissen sagen kann: Es ist alles getan worden, was notwendig ist.

Für heute komme ich zu dem Ergebnis, dass wir mit dem vorliegenden Gesetz einen Beitrag leisten, ja, leisten müssen, um die Voraussetzungen für Freiheit, Sicherheit und Wohlstand sowie für die weitere europäische Integration zu sichern und zu stabilisieren. Ich füge hinzu: Nachdem uns viel gelungen ist und gerade in den vergangenen 14 Tagen große Fortschritte erreicht worden sind, hoffe ich, dass wir die noch fehlenden Elemente einer neuen Finanzmarktarchitektur gemeinsam hinbekommen.

Vizepräsident Peter Müller: Herzlichen Dank, Herr Kollege Rüttgers! (C)

Das Wort hat Minister Dr. Markov (Brandenburg).

Dr. Helmuth Markov (Brandenburg): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn sich die Staatengemeinschaft auf 750 Milliarden Euro Gewährleistungen verständigt, muss man sich als Erstes die Frage stellen, ob sie glaubt, das Problem tatsächlich gelöst zu haben oder es lösen zu können. Dies bedeutet, dass man sich die unterschiedlichsten Ursachen, die uns in diese Situation geführt haben, durchaus noch einmal in Erinnerung rufen sollte. Es ist eine Vielzahl von Ursachen.

Sie wissen, dass vor der Finanzkrise, die sich dann zu einer sehr starken Wirtschaftskrise weiterentwickelt hat, die Überschussliquidität dramatisch zugenommen hatte. Wenn Sie sich die heutige Situation anschauen, stellen Sie fest, dass der Gradient des Anwachsens der Überschussliquidität nicht flacher, sondern steiler geworden ist. Das heißt, die **Geldmenge nimmt dramatisch zu**. Sie geht jedoch kaum in die Realwirtschaft. Deswegen hat es in der Realität eigentlich nie eine Krise im Hinblick auf Kredite für die Realwirtschaft gegeben; vielmehr hat man **Liquidität viel stärker in Finanzmarktprodukte investiert**. Das ist relativ zwangsläufig und logisch.

In dem Moment, in dem die Nachfrage nach normalen Produkten der Realwirtschaft nicht ausreichend stimuliert ist, wird jedes Unternehmen auf der Welt, ob groß, mittelständisch strukturiert oder klein, seine Gewinne nicht in erweiterte Produktionen einsetzen, weil es weiß, dass es auch das beste Produkt nicht verkaufen kann, wenn die **Finanzkraft der Käufer nicht vorhanden** ist. Daher wird es versuchen, versuchen müssen, seinen Gewinn anderweitig zu reinvestieren. Dies ist getan worden; es ist in Finanzprodukte investiert worden. Dass die Politik diesen Weg geöffnet hat, indem sie Dinge zugelassen hat, die vorher so nicht zugelassen waren, ist ihr Verschulden. Deswegen trägt auch die **Politik** ein erhebliches, ein gerüttelt Maß an **Verantwortung für das Entstehen der Krise**. (D)

Sie wissen, dass sich an dem Verhältnis der Währungsparitäten nicht viel geändert hat, wenn man andere Währungen als Euro und Dollar mit hinzunimmt. Sie wissen auch, dass sich die Geldmenge dramatisch erhöhen wird, weil langfristige Investitionen Kredite notwendig machen, insbesondere in den BRIC-Staaten, die dann wieder dem Erfordernis unterliegen, im täglichen Liquiditätsgeschehen nachzuschießen. Wenn Sie auf der europäischen Ebene nach wie vor lediglich Leitlinien in der Wirtschaftspolitik haben, aber **keinerlei Möglichkeit** besteht, tatsächlich eine **gemeinsame europäische Wirtschaftspolitik zu betreiben**, werden Sie das Grundübel nicht los. Das heißt, Sie werden nach wie vor in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union und selbst in den Euro-Staaten vorrangig den Standortwettbewerb befördern. Dieser artet dann aber wieder in sehr unterschiedliche Leistungsbilanzen aus, was wiederum dazu führt, dass die Staaten, die über Exportüber-

Dr. Helmuth Markov (Brandenburg)

(A) schüsse verfügen, in ihren eigenen Volkswirtschaften extrem stärker als die Staaten mit negativen Handelsbilanzen sind.

Da die Europäische Zentralbank nach wie vor der Preisstabilität, was richtig ist, nicht aber einem Wachstumspfad verpflichtet ist, bestünde doch die Möglichkeit, auch dies auf den Prüfstand zu stellen. Es besteht die einmalige **Chance**, europäische Politik tatsächlich anders zu gestalten und **aus einer Währungsunion zugleich eine Wirtschafts- und Sozialunion zu machen**. Dies steht aber auf keiner Agenda. Solange man sich nicht der Aufgabe widmet, dem breiten Fächer der Ursachen Einhalt zu gebieten, ist es durchaus von Relevanz, dass sich der Bundesrat noch sehr häufig mit dieser Thematik zu beschäftigen hat.

Damit Sie mich richtig verstehen – ich habe das Problem der Leistungsbilanzen angesprochen –: Ich sage klar und deutlich Ja zum Wettbewerb. Aber ein **Ja zum Wettbewerb** beinhaltet eben auch einen Wettbewerb **um hohe ökologische Standards, hohe Sozialstandards, hohe Arbeitsschutzstandards, hohe Löhne, hervorragende Bildung, gute Infrastruktur**.

Wir kommen immer mehr in eine **Spirale der Gewährleistungen**, die notfalls auch gezogen werden können. Kollege Beck hat vollkommen richtig gesagt: Wir reden über Gewährleistungen, die das **Sechsfache des europäischen Jahreshaushalts** ausmachen. Sie selber wissen, wie die Debatte zwischen Nettozahlern und Nettoempfängern gegenwärtig verläuft. Sie wissen, dass in der Europäischen Union die nächste Haushaltsperiode ansteht und jetzt evaluiert wird. Sie alle kennen die Debatten über Verlässlichkeit künftiger europäischer Förderprogramme, also über die Frage, ob die Kohäsions- und Strukturpolitik weiterhin im bisherigen Maße gewährleistet werden kann, soll oder wird.

(B) Insofern wäre es logisch gewesen, die Debatte über die notwendige Stabilisierung des Euro – daran gibt es keinen Zweifel – mit solchen Punkten zu verbinden. Da die Wahrscheinlichkeit nicht auszuschließen ist, dass dies durchaus auch negative Auswirkungen auf die Haushalte hat, wäre es doch nicht vollkommen unlogisch gewesen, sich darauf zu verständigen, verbindlich eine **Finanztransaktionssteuer** einzuführen, weil man damit die Haushalte zumindest etwas hätte absichern können. Ich argumentiere auch nicht gegen eine **zusätzliche Bankenabgabe**, aber nicht das eine statt des anderen! Was eine Bankenabgabe angeht, so glaube ich sehr wohl, dass die genossenschaftlichen Banken und die Sparkassen davon auszunehmen sind.

Schauen wir uns den Zeitraum zwischen 2000 und 2010 im Hinblick auf die Vielfalt der Ursachen an, dann stellen wir fest: Zu den Ursachen gehört, dass **eine Menge von Staaten ihre nationalen Haushalte über Gebühr belastet** haben, auch solche, die ein sehr großes Gewicht im internationalen Geschehen haben. Der US-amerikanische Militär- und Verteidigungshaushalt ist extrem angewachsen. In vielen Mitgliedstaaten ist eine Ausgabenpolitik getätigt worden, bei der man davon ausgegangen ist, dass

das Wirtschaftswachstum – zwar in Wellen, trotzdem relativ stabil und permanent – zunimmt. Es ist nicht davon ausgegangen worden, dass sich die Finanzwirtschaft als Addition von Versicherungen, Banken und Fonds, in welcher Eigentumsform auch immer, derart entwickelt, dass sie selbst Volkswirtschaften und Währungsregionen wie die des Euro in enorme Schwierigkeiten bringen könnte.

Ich bin davon überzeugt, dass es **zwingend erforderlich** ist, den **Euro zu stabilisieren**. Dazu gehört eine Absicherung mit dem Ziel, die Wahrscheinlichkeit, dass sich Entwicklungen in solchen Dimensionen wiederholen, in Zukunft dramatisch zu minimieren.

Schaut man sich den Effekt des Konjunkturprogramms II an, der parallel verlief und richtig war, stellt man fest: Es hat tatsächlich eine Stabilisierung des Binnenmarktes, der Wirtschaft sowie der kleinen und mittelständischen Unternehmen gewährleistet. Wenn daraus eine Lehre gezogen werden kann, dann die, dass in der gesamten Stabilitätsdebatte zwingend zu **prüfen** ist, **ob man ab 2012 ein neues Konjunkturpaket auflegen will**.

Es ist angesichts der Kürze der Zeit sehr schwierig, eine umfassende Debatte zu führen. Sie wissen, wie lange bei uns in den Ländern Haushaltsberatungen dauern. In Brandenburg geht es um ein Volumen von 10,5 Milliarden Euro. Wir sprechen hier über Garantien in Höhe von 750 Milliarden Euro im Rahmen eines Gesamtpaketes, zu dem wir unseren Anteil zu leisten haben. Das macht deutlich, wie ernsthaft wir uns mit bestimmten Notwendigkeiten beschäftigen können, wenn permanent ein dermaßen hoher Zeitdruck erzeugt wird. – Danke schön.

Vizepräsident Peter Müller: Vielen Dank!

Das Wort hat Herr Minister Seidel (Mecklenburg-Vorpommern). Bitte schön.

Jürgen Seidel (Mecklenburg-Vorpommern): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Ministerpräsident Beck, Sie haben aus der „Financial Times“ zitiert, dass einem eigentlich blüherant sein müsste. Wir können das ganz klar aussprechen: Ich meine, niemand hier im Saal hat kein flaes Gefühl im Magen.

Wir haben heute **eine** der wichtigsten, **der folgenreichsten Entscheidungen überhaupt** zu treffen. In meiner Amtszeit – ich habe das Glück einer zweiten Amtsperiode – ist das die schwierigste Entscheidung.

Aus allem Gehörten muss die **Schlussfolgerung** sein, **dass** natürlich die **Ursachen bekämpft werden müssen**. Ich beschreibe es mit einem einfachen Bild – in meinem Land haben wir viel mit Wasser zu tun –: Bei einem Wassereinbruch in der Wohnung kann man versuchen, die Türen dichtzumachen, Wände um sich herum einzuziehen. Aber irgendwann muss man den Wasserhahn zudrehen, sonst kommt man mit dem Problem nicht klar.

Jürgen Seidel (Mecklenburg-Vorpommern)

(A) Ich habe sehr aufmerksam zugehört. Es ist viel Richtiges gesagt worden, keine Frage. Aber wir müssen uns fragen, ob wir jetzt über Stil, über Termine, über Abläufe reden sollten. Diejenigen, die gesagt haben, dass bestimmte Abläufe und Fristen eingehalten werden müssten, haben auch beklagt, alles dauere zu lange, man hätte viel schneller entscheiden müssen. Ist es sinnvoll, uns vorzuhalten, wann wer was im März gesagt hat? Wenn wir prüfen würden, was hochgelobte Finanzwissenschaftler, Wirtschaftswissenschaftler in den vergangenen zwei Jahren alles erzählt haben, hätten wir wahrscheinlich ein abendfüllendes Programm.

Ich will nicht der Beliebigkeit das Wort reden. Ich meine, die Ursachen liegen im Wesentlichen in zwei Richtungen:

Erstens die Situation am Finanzmarkt: Das Ziel muss sein, zunächst zu stabilisieren, dann **Spekulationen unattraktiv zu machen**. Für mich ist nicht sehr relevant, ob wir eine Finanztransaktionssteuer oder eine Finanzmarktsteuer wählen. Am Ende muss klar sein, dass an den Gewinnen aus Spekulationen angesetzt wird. Man liest, dass eine solche Steuer 0,01 bis 0,05 % ausmachen soll. Fragen Sie einmal jemanden auf der Straße, wie er das bewertet! Im Übrigen weiß niemand, was eine Finanztransaktionssteuer ist. Die Vorstellung ist, dass man für eine Geldbewegung dann etwas bezahlen muss. Wir müssen den Menschen mehr erklären, warum wir welche Dinge tun.

(B) Zweitens. Natürlich muss man Hausaufgaben machen. Da ist es bequem, auf andere zu zeigen. Gott sei Dank haben wir welche, auf die wir zeigen können. Das macht sich immer gut. Aber wir alle werden uns selbst an die Brust schlagen müssen: **Bei den Haushalten**, die wir gegenwärtig vorfinden, ist die Lage schwieriger geworden.

Es gab sehr seriöse Stimmen, die ein Konjunkturprogramm forderten, damit Geld ausgegeben wird. Herr Markov, Sie wollen, dass 2012, wenn man wieder ein bisschen Geld hat, ein neues Konjunkturprogramm aufgelegt wird. Ich glaube nicht, dass das geht; denn jetzt muss man in der Tat **konsolidieren**. Das gilt für jedes Land. **Mecklenburg-Vorpommern** ist sehr stolz darauf, drei Jahre lang einen **ausgeglichenen Haushalt** gehabt zu haben, für die nächsten zwei Jahre ist dasselbe Ziel vereinbart. Wir konnten sogar Schulden tilgen. Wir sind mit Positionen in Bilanzen nicht verwöhnt: Inzwischen stehen wir in der Bilanz der Länder recht gut da. Diesen Weg werden wir gemeinsam gehen müssen. Ich habe gerade mit dem schleswig-holsteinischen Kollegen gesprochen und erfahren, was dort so ansteht. Bei uns muss im Juli eine Kreisgebietsreform durchgesetzt werden. Diesbezüglich können wir nun etwas besser argumentieren, aber es fliegen auch die Fetzen. Solche Schritte müssen wir gehen.

Meine Damen und Herren, es gibt immer Alternativen; das stimmt. Wir müssen uns vorstellen, was die Alternative ist, wenn wir heute nicht entscheiden. Ich hoffe, wir entscheiden uns am Ende alle dafür, den Vermittlungsausschuss nicht anzurufen. Ich appelliere insofern an uns alle.

(C) Die Arbeit ist mit dem Verbot der Leerverkäufe bei Staatsanleihen nicht getan. Es ist noch viel zu erledigen. Am besten machte man einen der Finanzbroker zum Referatsleiter im Bundeskanzleramt – er würde sich über ein solches Angebot wahrscheinlich totlachen –, um einmal zu erfahren, wie man diese am tiefsten treffen kann. Ernsthaft: Wir müssen zusehen, dass die Kuh vom Eis kommt, um eine norddeutsche Wendung zu gebrauchen. Wenn man feststellt, dass man eine gemeinsame Auffassung von einem Ziel hat, gehört es dazu, die Schritte dahin so zu vereinbaren, dass wir es einigermaßen vernünftig erreichen. – Vielen Dank.

Vizepräsident Peter Müller: Danke schön!

Das Wort hat Minister Professor Dr. Reinhart (Baden-Württemberg).

Prof. Dr. Wolfgang Reinhart (Baden-Württemberg): Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich eine Vorbemerkung zum Beitrag des Kollegen aus Brandenburg machen!

Er hat gesagt, wir sprechen – im Vergleich zum Haushalt des Landes Brandenburg mit einem Umfang von 10 Milliarden Euro – über Verpflichtungen von 750 Milliarden für Deutschland.

(Dr. Helmuth Markov [Brandenburg]: Richtig!)

Ein wesentlicher Gesichtspunkt ist, dass wir uns die Stufen und den Inhalt des Gesetzes ansehen, über das wir sehr konkret sprechen und das heute Vormittag Gegenstand der Beratung des Bundestages war. Das Paket, das wir alle angesichts der Tatsache, dass rasch gehandelt werden muss, für alternativlos halten, hat **mehrere Stufen** und mehrere Inhalte. (D)

Das Erste ist die Verpflichtung des IWF, 50 % zu übernehmen; das sind bis zu 250 Milliarden.

Das Zweite ist, dass bereits Recht auf EU-Ebene in Kraft getreten ist. Seit 13. Mai besteht über eine Verordnung Europas eine rechtswirksame Verpflichtung über 60 Milliarden.

Das Dritte sind 440 Milliarden, verteilt über eine Zweckgesellschaft.

Der Finanzminister hat übrigens im Vorhinein Auskunft gegeben. Es existiert keine gesamtschuldnerische Haftung, sondern – Herr Staatssekretär wird uns das sicherlich im Einzelnen darlegen können – eine Pro-rata-, eine Teilhaftung, und zwar über 123 Milliarden. Das ist, unter Voraussetzungen und Konditionen, Inhalt der heutigen Beratung.

Wie wir gehört haben, müssen wir zunächst **Artikel 122 des EU-Vertrages** bejahen. Dann müssen die 60 Milliarden aus Europa investiert werden. EZB, Kommission und IWF müssen zusätzlich zu dem Ergebnis kommen, dass es keine anderen Lösungen mehr gibt. Erst dann ist zu fragen, ob, wie und in welchem Umfang eine – im Moment – Garantiekreditermächtigung gezogen werden kann.

Wir sollten mit den Inhalten sauber umgehen und öffentlich keine falschen Eindrücke vermitteln; denn

Prof. Dr. Wolfgang Reinhart (Baden-Württemberg)

(A) die Herausforderung ist so groß wie nie. Ich teile diese Auffassung aller Vorredner. Und die Bewertung, dass **Europa am Scheideweg** steht, zeigt uns, welche Dimension damit verbunden ist.

Ministerpräsident Rüttgers hat zu Recht darauf hingewiesen, dass es bei den Maßnahmen zur Sicherung des Euro, über die wir heute beraten, um unser nationales Interesse und um die Zukunft der europäischen Integration geht. Erst vor 14 Tagen, als der Bundesrat das Gesetz zum Erhalt der Stabilität der Währungsunion, die sogenannte **Griechenland-Hilfe**, verabschiedet hat, haben wir uns hier darüber unterhalten. Und schon wieder peitschen wir innerhalb einer Woche ein Rettungspaket durch Bundestag und Bundesrat – nach der Bankenrettung das zweitgrößte Hilfspaket in der Nachkriegszeit. Wer glaubte, das Schlimmste sei überstanden, hat sich geirrt. Es bewahrheitet sich einmal mehr: Niemals geht man so ganz. Das gilt auch und gerade für die größte Wirtschaftskrise und Finanzkrise der Nachkriegszeit.

In den Haushalten der Mitgliedstaaten der Europäischen Währungsunion hat das alles deutliche Spuren hinterlassen. **13 der 16 Euro-Länder** befinden sich derzeit in einem **Defizitverfahren**. Lag die **Schuldenquote** der öffentlichen Haushalte im Vorkrisenjahr – 2007 – mit 66 % des BIP schon klar über dem Referenzwert des Stabilitäts- und Wachstumspaktes, so wird sie **Ende dieses Jahres auf über 85 % des BIP** steigen. Deshalb muss in den kommenden Jahren logischerweise ein neuer Weg beschritten werden. Die Defizite sind zurückzuführen, das Wachstum ist zu stärken. Dafür werden enorme Anstrengungen nötig sein. Nur so wird man das Vertrauen der Märkte, von denen so viel gesprochen wird, in die Währung wieder dauerhaft festigen können. Das wird die Hausaufgabe nicht nur von Monaten, sondern – davon bin ich überzeugt – von mehreren Jahren sein.

Deshalb galt es, die aktuelle **Nervosität an den Märkten** rasch und entschlossen zu beseitigen. Die Situation hatte sich Anfang Mai dramatisch zugespitzt, so dass ein Eingreifen notwendig wurde.

Das Hilfspaket für Griechenland, das wir vor zwei Wochen hier besprochen haben, hat leider allein nicht gehalten. Um in der Wasser-Sprache zu bleiben: Der Damm hat nicht ausgereicht. Damit drohten nicht absehbare Ansteckungseffekte für andere Euro-Mitgliedstaaten. Darauf hat auch der Bundesbankpräsident auf dem G-20-Gipfel vor zwei Tagen, zu dem der Bundesfinanzminister eingeladen hatte, noch einmal deutlich hingewiesen: Wenn wir nicht entschlossen handeln, besteht die Gefahr, dass der Sturm der **Lehman-Pleite** im Vergleich zu dem, was droht, ein laues Lüftchen war.

Viele hier im Saal haben an der Sitzung des EU-Ausschusses des Bundesrates teilgenommen, in der uns der Bundesfinanzminister die Abläufe erläuterte. Er hat erklärt – das möchte ich wiederholen, weil es eine Sitzung im Bundesrat war –, der amerikanische Finanzminister **Geithner** habe ihm gesagt, schon nach 24 Stunden bereit zu haben, dass er die

Lehman-Bank pleitegehen ließ. Mittlerweile wissen wir alle, dass das ein Fehler war. (C)

Man muss sich immer die Frage stellen, worum es geht und welche Alternative es gibt. Ministerpräsident Beck hat eingangs den BaFin-Präsidenten zitiert, dass auch ihm – wenn ich das Zitat richtig verstanden habe – nicht gut sei. Das ist wahr. Wir teilen alle Sorgen, Ängste und sonstigen Gefühle. Aber es müssen auch rationale Entscheidungen getroffen werden. Ohne ein Geheimnis zu verraten will ich hinzufügen, dass auch der BaFin-Präsident von **„Tina“** gesprochen hat. Das ist keine Freundin aus Teenager-Zeiten, sondern die Kurzform für „There is no alternative.“ Zu dem, was wir heute beschließen, gibt es im Moment keine Alternative. Das ist die Herausforderung.

Dem Bundesfinanzminister ist Recht zu geben, wenn er vorhin **im Bundestag** das taktische **Verhalten der Abgeordneten der Grünen und der SPD** in dieser großen Frage Europas kritisiert hat. Herr **Steingart** überschrieb seinen heutigen Artikel im „Handelsblatt“ mit: „20. Mai – Geburtsstunde der Vereinigten Europäischen Staaten?“ Sie alle sind überzeugte Europäer und haben das auch begründet. Wenn man sich in dieser Frage aber auf Taktik zurückzieht, wird man der historischen Herausforderung, vor der wir stehen, nicht gerecht.

Meine Damen und Herren, jetzt zeichnet sich ab, ob sich die Währungskrise zu einer politischen Krise Europas ausweitet, die die Fundamente der Union angreift und sogar wegspült. Um es schonungslos auszusprechen: Die Fragen der Stunde lauten: Überlebt die EU die Euro-Krise? Scheitert das Experiment Europa nach über 60 Jahren mühselig erarbeiteter Fortschritte? Ist der europäische Traum ausgeträumt? Die Antwort muss an dieser historischen Weggabelung lauten: **Wir müssen den Bestand der Währungsunion ohne Wenn und Aber sichern.** (D)

Man muss auch immer berücksichtigen, was uns die Experten sagen: Es übersteigt die Phantasie, sich vorzustellen, was passieren kann, wenn das, was heute beschlossen werden soll, nicht beschlossen wird. Das ist die zentrale Aussage, mit der wir uns auseinandersetzen müssen.

In der aktuellen Situation gibt es keine andere Möglichkeit, als der Ansicht der Bundesregierung zu folgen, dass es zur Sicherung der Stabilität des Euro heute keine vernünftige Alternative gibt. Gerade **Deutschland als stärkste Volkswirtschaft des Euro-Raums muss die notwendige Entschlossenheit und Geschlossenheit zeigen.** Wir sind die Vormacht in Europa, wir müssen die Richtung vorgeben und eine Antwort auf die Herausforderungen geben; das wird mit Sicherheit von Deutschland erwartet.

Es wurde zu Recht darauf hingewiesen: **Wir in Deutschland profitieren von der Europäischen Union besonders.** Ich will das am Beispiel meines Bundeslandes belegen – unser Ministerpräsident hat das kürzlich schon dargestellt –: **Baden-Württemberg** hat ein Bruttoinlandsprodukt von 360 Milliarden Euro. Davon gehen 160 Milliarden in den Export,

Prof. Dr. Wolfgang Reinhart (Baden-Württemberg)

(A) zwischen 60 und 70 Milliarden davon allein in die Länder der Europäischen Union. Das sind Fakten, die wir realistisch sehen müssen, wenn es um die Frage geht, welche Vorteile der Euro, die Währungsunion für die deutsche Volkswirtschaft mit sich bringt.

Wir alle miteinander sind uns dessen bewusst, dass wir von den Bürgern viel verlangen. Wir verstehen es gut, dass viele Menschen die ungeheure Dimension der Milliarden-Rettungsschirme mit Unbehagen, mit Sorge, mit Ängsten sehen. Ich denke, so empfindet jeder; denn Beschlüsse über hohe zwölfstellige Beträge gehen niemandem leicht von der Hand, in diesem Haus schon gar nicht.

Der **deutsche Anteil** beträgt **123 Milliarden plus 20 % Spielraum** für den Haushaltsausschuss. Es gilt, das **Vertrauen der Bürger** zu erhalten. Die große Gefahr besteht im Moment darin, dass die EU das Vertrauen ihrer Bürger verliert. Damit verbindet sich die **Aufforderung an die Bundesregierung**, klug zu kommunizieren, d. h. die **Maßnahmen den Bürgern so verständlich zu machen**, dass sie nachvollziehen können, warum sie ohne Alternative sind. Bisher konnten wir die europäische Einigung immer mit klaren materiellen Vorteilen begründen. Neben dem Friedensargument war es der wirtschaftliche Mehrwert des Binnenmarktes, den wir in die Waagschale geworfen haben. Schließlich führen wir einen Großteil unserer Waren nicht nach Amerika oder Asien, sondern in EU-Länder aus. Wir müssen aufpassen, dass keine Euro- oder EU-Skepsis entsteht. Aber wir werden das Vertrauen nur gewinnen und erhalten können, wenn wir der Überschuldung vieler Euro-Länder mit Regeln entgegenwirken.

(B) Der frühere Ministerpräsident Erwin Teufel hat in einer Zeitung gesagt, nur die Banken zu kritisieren sei viel zu schlicht. Wir müssten an die Ursachen herangehen, und die **Hauptursache** sei die **Verschuldung** der Länder. Deshalb gilt der einfache Satz: Man kann auf Dauer nicht über seine Verhältnisse leben. Wir brauchen Reformen. Es ist Zeit für grundlegende Reformen in der Stabilitätsgemeinschaft.

Mit dem geplanten Schutzschirm festigen wir die Fundamente der Währung. Wir vergeben damit aber keine Freibriefe für Defizitsünder oder haushaltspolitische Hasardeure. Bei aller Notwendigkeit von Hilfen muss es um klare Verantwortlichkeit gehen – darauf bestehen wir –, und **akute Hilfen zur Stabilisierung müssen die absolute Ausnahme bleiben**. Die Empfänger müssen **strenge Anforderungen** erfüllen. Deshalb haben wir im Bundesrat vor zwei Wochen zu Recht eine **Entschliebung** verabschiedet, in der wir zum Ausdruck gebracht haben: Wir wollen keine Transferunion in der Euro-Gemeinschaft; denn wir können vor dem Bürger nicht auch noch auf europäischer Ebene einen Finanzausgleich rechtfertigen.

Der **Stabilitäts- und Wachstumspakt** hat sich als **zahnloser Tiger** erwiesen. Wir müssen diese Krise deshalb zum Anlass nehmen, die Konstruktionsfehler von Maastricht zu heilen, und die längst überfällige grundlegende Reform der Finanzmarktssysteme jetzt angehen.

(C) Eine nachhaltige Reform des Stabilitätspakts muss zuallererst vorbeugen. Deshalb geht es neben der akuten Lösung, über die wir heute reden, langfristig vor allen Dingen um **Prävention**; solche Situationen dürfen nie wieder entstehen. Neben Solidarität muss es um **Solidität** gehen. Ich glaube, der **Vorschlag einer europäischen Schuldenbremse** nach deutschem Vorbild, über den auch der Bundesfinanzminister diskutiert, ist sehr wohl ein Thema, über das man reden muss.

Selbstverständlich – das haben wir hier verabschiedet – muss auch in der Euro-Zone eine **geordnete staatliche Insolvenz** normiert werden. Solche Regeln müssen in Zukunft eine Option, einen Ausweg eröffnen, damit alternativloses Handeln unmöglich wird. Wir alle wissen: Das Messer hat in Europa bisher nur einen Knauf. Aber es braucht auch eine Schneide. Diese muss aus früher greifenden, effektiveren, eventuell automatischen **Sanktionen** im Defizitverfahren bestehen. Zurzeit sind die Regeln für Strafen bzw. Strafzahlungen von Staaten, die nahe an der Zahlungsunfähigkeit stehen, geradezu grotesk. Aber da ist es zu spät: Einem Nackten können wir nicht mehr in die Tasche greifen. Bei den Sanktionen muss früher angesetzt werden.

Wir unterstützen die **Eckpunkte der Bundesregierung zur Stärkung der Euro-Zone**. Dazu gehört das, was wir hier verabschiedet haben: **Entzug des Stimmrechts** oder – das wurde von Vorrednern angesprochen – **Einbehaltung von Mitteln aus den EU-Strukturfonds**. Für die **Finanzmärkte** muss es schärfere Regelungen und vor allem eine **strengere Aufsicht** geben.

(D) Wir begrüßen es, dass europaweit nach Regeln gesucht wird. Aber entscheidend wird sein, dass man es auf dem **G-20-Gipfel in Kanada** international hinbekommt; denn es kann nicht sein, dass versucht wird, globale Probleme national zu lösen. Das wäre eine Sackgasse. Wir müssen immer auch den Standortwettbewerb im Auge haben. Kapital ist scheu wie ein Reh, stand heute in mancher Zeitung. Kapital ist vor allem nicht patriotisch. Deshalb brauchen wir international gültige Maßstäbe und Regulierungen. Dazu muss der Gipfel beitragen.

Weitere Schritte sind nötig: **Regelungen zu den Kreditausfallversicherungen**, zu den **Ratingagenturen**, zu den **Hedgefonds**. Es steht viel mehr an. Wir dürfen uns aber nicht auf einen aufsichtsrechtlichen Blindflug begeben, sondern die Qualität der Regulierung muss Vorrang vor Aktionismus und einem falschen, eiligen Plan haben. Wir müssen immer darauf achten, was zum Schluss herauskommt: Quidquid agis, prudenter agas et respice finem – was immer du tust, tue es klug und bedenke das Ende. – Warum sage ich das? Wir müssen aufpassen, dass wir sorgfältig abwägen, mit welchen Mechanismen wir in Deutschland vorgehen.

Meine Damen und Herren, es gibt viele Lehren aus der Krise. Es wird auch darum gehen, dass wir die **EU-2020-Strategie** in den Bereichen Infrastruktur, Energie und Umwelt, Forschung und Innovation, Wachstum im Auge behalten. Nur mit Wachstum auf

Prof. Dr. Wolfgang Reinhart (Baden-Württemberg)

(A) der anderen Seite werden wir vorankommen und auch Krisenzeiten bewältigen.

„Alles Große ist ein Wagnis.“ – Dies sagte Konrad Adenauer, als er am 18. April 1951 seine Unterschrift unter den Montanunion-Vertrag gesetzt hat. Auch wir wagen heute etwas, weil wir, wie Konrad Adenauer, von der Größe der europäischen Idee nach wie vor überzeugt sind und wissen, dass Nichthandeln schlechter wäre als Handeln.

Abschließend möchte ich feststellen: Es ist richtig, dass wir heute alternativlos zu diesen Krediten ermächtigen, weil wir nur dadurch die Stabilität des Euro und damit ein gemeinsames Europa sichern.

Vizepräsident Peter Müller: Danke schön!

Das Wort hat Herr Staatsminister Boddenberg (Hessen).

Michael Boddenberg (Hessen): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf zunächst auf die erste hier gehaltene Rede eingehen.

Herr Ministerpräsident Beck hat mehrfach an uns appelliert, doch Verständnis für die **Haltung** zu haben, die die **Sozialdemokraten** heute **im Deutschen Bundestag** eingenommen haben. Ich gebe zu: Obwohl Sie sehr ausführlich dargelegt haben, wie denn die Haltung der SPD zustande gekommen ist, hat das bei mir nicht gefruchtet.

(Kurt Beck [Rheinland-Pfalz]: Damit muss ich leben, Herr Kollege!)

(B) Ich stelle das deswegen voran, Herr Ministerpräsident Beck, weil in Ihrer Rede wie in den folgenden Reden eines deutlich geworden ist: Ich kenne hier im Hause, aber auch außerhalb dieses Hauses und im Bundestag eigentlich niemanden, der die Dinge grundsätzlich anders sieht. Ich kenne niemanden, der Spaß daran hat, Boni-Bankern zu höheren Einkünften zu verhelfen. Ich kenne niemanden, der nicht eine ganze Reihe von eklatanten Missverhältnissen und Missständen anprangert; das haben Sie zu Recht angesprochen. Aber ich kenne in diesen Tagen auch niemanden, der nicht sagt, dass wir **jetzt** zunächst einmal **für Stabilität sorgen** müssen. Olli Rehn, der zuständige Kommissar, hat betont: koste es, was es wolle! – Ich glaube, dies ist richtig und ein wichtiges Signal an die Märkte.

Was Sie kritisieren – die Frage der Abläufe und der Beteiligung von Ausschüssen und Parlamenten –, ist auch vor dem Hintergrund zu sehen, dass wir es mit einer Welt zu tun haben, die nicht mehr vor den Augen der Öffentlichkeit stattfindet – ich rede von der weltweiten **Finanzdienstleistungsindustrie** –, sondern teilweise **vollautomatisiert**, nahezu ohne menschliches Dazutun funktioniert und in Sekunden reagiert. Die Tatsache, dass viele der Produkte, die hier kritisch angesprochen worden sind, gar nicht mehr von Menschen aktuell gehandelt werden, sondern Automaten überlassen sind, die in Sekunden über gewaltige Dimensionen entscheiden, erfordert es am Ende, dass Politik handlungsfähig ist. Deshalb ist es richtig,

(C) dass der Deutsche Bundestag der Exekutive heute mehrheitlich eine klare Kompetenz zugewiesen hat, was die Frage der Handlungsfähigkeit angeht. Wer in dieser Woche die Märkte, auch die Währungsmärkte, beobachtete, konnte feststellen, dass die 750 Milliarden Euro offenkundig ein wenig, vielleicht auch mehr, als manche gehofft hatten, dazu beigetragen haben, dass die Einträglichkeit etlicher Spekulationen einen Dämpfer erfährt. Dies ist auch die Absicht unseres heutigen Unterfangens.

In dieser Woche wurde aber auch deutlich, dass Griechenland eigentlich nur der äußere Anlass für all das war, was in den letzten Wochen passiert ist. Griechenland ist nicht das alleinige Problem. Alle Länder der Euro-Zone haben ähnliche, wenn auch aktuell nicht ganz so gravierende Probleme. Auch die **Bundesrepublik Deutschland** steckt schon mittendrin. Schauen Sie sich nur die Entwicklung der Staatsverschuldung auf allen Ebenen von 2009 bis 2011 an: 2009 lagen wir bei 73 % des Bruttoinlandsprodukts, 2011 liegen wir nach dem, was wir heute schätzen können, schon bei 79 %. Wir haben ein **dramatisches Haushaltsproblem**.

Daher sage ich der **Bundesregierung** ausdrücklich Dank dafür, dass sie sehr **weitsichtig gehandelt** hat, obwohl Sie, Herr Ministerpräsident Beck, und manche Ihrer Kollegen es immer kritisiert haben. Sie hat erstmals vor acht oder zehn Wochen sehr deutlich gesagt, dass zunächst die eigenen Hausaufgaben vor Ort erledigt werden müssen. Dies war – dabei bleibe ich – ein wichtiges Signal. Ich unterstelle, dass vieles von dem, was jetzt europaweit und sogar weltweit hinsichtlich der Notwendigkeit von Haushaltskonsolidierung stattfindet, damit zu tun hat, dass es deutliche Zeichen und klare Ansagen der Bundesrepublik Deutschland, allen voran der Bundeskanzlerin, gegeben hat.

(D) Lassen Sie mich eines hinzufügen, weil Griechenland nun einmal der äußere oder auch der tatsächliche Anlass unserer Debatte ist: Ich halte es für bemerkenswert, was dort mittlerweile zur Haushaltskonsolidierung geleistet worden ist oder kurz vor der Umsetzung steht. Wir erinnern uns an die ersten, teilweise schrecklichen Bilder; es hat Tote gegeben. Natürlich haben die Konsolidierungsschritte in Griechenland eine gewaltige Dimension. Mich hat es sehr gestört, um es deutlich zu sagen, dass die griechische Bevölkerung in manchen Medien, aber auch in Teilen der Öffentlichkeit nahezu kampagnenhaft für das angeblich mangelhafte Haushaltsgebaren pauschal verurteilt worden ist. Ich gebe zu, dass es mir Respekt abnötigt, dass dieses Land den Menschen einen Verlust ihres realen Einkommens von etwa 25 % zumutet. Dies apostrophiere ich, weil es notwendig ist. **Griechenland** und Länder, die in einer ähnlich schwierigen Situation sind, **verdienen unsere Solidarität**, um nicht zu sagen, **unsere Sympathie**. Umso mehr fühlt sich die Hessische Landesregierung dafür verantwortlich, all das, worüber wir heute hier diskutieren, auf den Weg zu bringen.

Professor Reinhart hat völlig zu Recht auf den konkreten Nutzen für Deutschland hingewiesen. Erlau-

Michael Boddenberg (Hessen)

- (A) ben Sie mir, dass auch ich in diesem Zusammenhang wenige Zahlen nenne!

Der **Außenhandelsüberschuss der Bundesrepublik Deutschland** beträgt zurzeit 184 Milliarden Euro im Jahr. Nimmt man die negativen wie positiven Saldi in den Außenhandelsbeziehungen aller anderen 16 Länder der Euro-Zone zusammen – wir haben über diese Zahlen mittlerweile mehrfach an verschiedenen Stellen und auch öffentlich diskutiert; es ist wichtig, dass die Menschen diese Zahlen kennen –, kommt man auf 22 Milliarden Euro. Wenn Sie Deutschland mit allen anderen zusammen vergleichen, werden Sie feststellen, dass in unseren Büchern das Sechsfache an Außenhandelsüberschuss steht. Dies verpflichtet uns zu der Bereitschaft, einen entsprechenden Teil der Last zu tragen, die auf uns zugekommen ist.

Eine Ergänzung zu dem, was zu den Außenhandelsbeziehungen gesagt worden ist: 70 % unserer gesamten Exporte gehen in die Europäische Union, 40 % allein in die Euro-Zone. Nur 30 % gehen in die USA, nach China, Indien und in andere Länder. – So viel zu diesem Teil.

Zu den notwendigen neuen Regulierungen des Finanzmarktes kann ich mich kurz fassen, weil es dort – dies habe ich sehr wohl bemerkt – keine gewaltigen Unterschiede gibt; hier liegen wir, glaube ich, an vielen Stellen auf gleicher Linie.

- (B) Aber lassen Sie mich einen Grundsatz ansprechen, den ich schon beim letzten oder vorletzten Mal hier genannt habe! Eines muss grundsätzlich als Problem erkannt werden – dies wurde in allen Wortbeiträgen deutlich –: Die **Realwirtschaft** auf der einen und die **Finanzwirtschaft** auf der anderen Seite sind in eine **extrem unterschiedliche Größenordnung** geraten, was die Gesamtvolumina dieser Märkte angeht. Das Weltsozialprodukt beträgt aktuell 54 Billionen Dollar. Das gesamte Handelsvolumen im Derivatebereich im weitesten Sinne beträgt 600 Billionen Dollar. Das ist mehr als das Zehnfache. Natürlich wissen wir, Herr Staatssekretär, dass dieses Weiterveräußern, Pakete-Packen und anderes mehr das Tagesgeschäft sind. Die extrem unterschiedlichen Dimensionen stellen angesichts der Volatilität der Finanzmärkte und deren möglichen negativen Auswirkungen auf die Realwirtschaft das Risiko dar.

(V o r s i t z : Amtierender Präsident Kurt Beck)

Deswegen muss eines unserer Ziele sein – auch das ist gesagt worden –, über diese Verhältnisse, diese Schiefelage nachzudenken. Am Ende werden auch die G-20-Staaten, auch Kanada, auch ein US-Senat erkennen, dass wir versuchen müssen, die **Volatilität** der gesamten Volkswirtschaft nicht nur in Europa, sondern auch in anderen Teilen der Welt zu **beseitigen**.

Insofern bin ich ein wenig zuversichtlich, dass wir heute nicht nur die richtige Entscheidung treffen, sondern bald auch wieder die Chance haben, uns der Realwirtschaft etwas intensiver zuzuwenden. Hier haben wir noch viele Hausaufgaben zu erledigen. Die **Realwirtschaft** zeigt in diesen Tagen zunächst einmal, dass sie die **stabilere Wirtschaft** ist, wie die

Exportzahlen und der Arbeitsmarkt beweisen. Gerade weil dies positive Signale sind, müssen wir uns der Realwirtschaft demnächst wieder intensiver zuwenden. – Vielen Dank. (C)

Amtierender Präsident Kurt Beck: Vielen Dank, Herr Minister!

Das Wort hat Herr Parlamentarischer Staatssekretär Kampeter (Bundesministerium der Finanzen).

Steffen Kampeter, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Für die Bundesregierung erkläre ich, dass uns genauso wenig wie Ihnen lieb ist, dass wir uns bereits zwei Wochen, nachdem wir uns hier zu einem vergleichbaren Thema getroffen haben, wieder treffen müssen, um eine gesetzliche Ermächtigung dafür zu schaffen, einen Stabilisierungsmechanismus für die in unserem Land geltende Währung in einer Größenordnung von bis zu 123 Milliarden Euro zu etablieren.

Auslöser sind die Entwicklungen am Nachmittag des 7. Mai. Sie wissen, dass Bundesminister **Schäuble** Ihre Sitzung wegen einer G-7-Finanzminister-Telefonkonferenz früher verlassen musste. An dem Nachmittag hat es weitere Gespräche und am Abend ein Treffen der Staats- und Regierungschefs gegeben. Heute vor zwei Wochen hat sich mit Vehemenz gezeigt, dass das Grundproblem, nämlich der Vertrauensverlust der Finanzmärkte in die Solvenz nicht nur eines, sondern mehrerer Euro-Länder, bereits zu ersten Ansteckungseffekten geführt hat. Es bedurfte rasch einer umfassenden Lösung, um großen Schaden auch von Deutschland abzuwenden. (D)

In der Debatte ist wiederholt vorgetragen worden, dass man Unwohlsein verspüre. Das zeigen mir die Reaktionen aus der Bevölkerung. Niemand von uns kann sich davon freisprechen. Aber Unwohlsein ersetzt nicht entschlossenes politisches Handeln und die Übernahme von Verantwortung für dasselbe. Deswegen haben wir dem Deutschen Bundestag vorgeschlagen – er hat unseren Vorschlag mehrheitlich angenommen –, einen europäischen Stabilisierungsmechanismus als gemeinsames Bekenntnis der Länder der Euro-Zone zur Verteidigung der Währungsunion als Ganzes zu etablieren. Es geht dabei in erster Linie darum zu zeigen, dass Wetten von Spekulanten gegen unsere gemeinsame Währung zum Scheitern verurteilt sind. Diese auf drei Jahre befristete Rettungsmaßnahme ist keinesfalls ein Schritt in eine Art Finanzausgleich, den die Bundesregierung entschieden ablehnt, sondern ein **Mechanismus zur Abschreckung von Spekulanten**.

Ich will Ihnen an dieser Stelle nicht alle technischen Einzelheiten des Stabilisierungsmechanismus erläutern, aber zwei zentrale Punkte erwähnen, die wir bei der konkreten Ausgestaltung ausgehandelt haben und die entscheidend dafür sind, ob es gelingt, das verlorengegangene Vertrauen in die Stabilität der Euro-Zone insgesamt zurückzugewinnen.

Parl. Staatssekretär Steffen Kampeter

(A) Erstens. Eine Frage, die aus der Bevölkerung regelmäßig an uns gerichtet wird, ist: Wer entscheidet über die **Gewährung etwaiger Hilfen**? Wolfgang Schäuble hat in den Verhandlungen sichergestellt, dass hierüber ausschließlich die **Mitgliedstaaten der Euro-Zone beschließen**, und zwar strikt **nach dem Einstimmigkeitsprinzip**. Damit ist auch gewährleistet, dass die deutschen Vorstellungen von Stabilität in die etwaigen Hilfen zwingend zugrunde liegenden Anpassungsprogramme einfließen.

Die zweite zentrale Frage ist: Wer kontrolliert? Wer trägt dafür Sorge, dass mögliche Hilfen ordnungsgemäß abgewickelt werden? Wie bei regulären Programmen des Internationalen Währungsfonds üblich, erfolgt die **Auszahlung** eventueller Kredite immer nur **tranchenweise** und nur dann, **wenn die vereinbarten wirtschafts-, struktur- oder haushaltspolitischen Auflagen erfüllt sind**. Die **EU-Kommission** wird dies in Abstimmung mit der **EZB** und dem **IWF** sorgfältig und regelmäßig **prüfen**. Werden die Vorgaben nicht erfüllt, gibt es auch keine weiteren Kredittranchen. Mit diesem Verfahren verfolgen wir nicht zuletzt das Ziel, die Rückzahlung möglicher Kredite zu sichern.

Ich will zwei Hinweise geben: Wir haben durch Kooperation mit dem Bundesrat innerhalb einer kurzen Frist Garantien in Höhe von 400 Milliarden Euro zur **Bankenrettung** bereitgestellt. Die gleichen Fragen, die sich damals stellten, tauchen heute wieder auf, etwa die Frage: Werden diese Garantien zu einer Haushaltsbelastung führen? Unsere Antwort damals war: strikte Konditionalität, Aufpassen, Auflagen, Restrukturierung! Heute, knapp zwei Jahre später, kann ich feststellen, dass von diesen 400 Milliarden Euro an Garantien bisher kein Schaden für den Bundeshaushalt ausgegangen ist.

(B) Das gilt auch für die rund 450 Milliarden Euro Garantieermächtigungen, die der Bundesgesetzgeber – im Übrigen auch ohne Vorlage von Verträgen – jedes Jahr mit dem Bundeshaushalt auf zugegebenermaßen andere Art und Weise, nämlich über Exportkredite oder binnenwirtschaftliche Garantien, beschließt. Auch hier ist Vorsorge gegen Haushaltsauswirkungen getroffen worden.

Meine Damen und Herren, auf **Deutschland** kommt es in dieser Krise besonders an, und zwar wegen unserer über Jahrzehnte hinweg aufgebauten und verteidigten Stabilitätskultur, wegen des Vertrauens, das wir dafür weltweit genießen, und wegen der stabilisierenden Wirkung, die wir auf Grund dessen für die Währungsunion insgesamt besitzen. Wir haben aber auch **besondere Verantwortung** auf Grund der Größe unserer Volkswirtschaft; darauf ist bereits hingewiesen worden. Deswegen ist es wichtig, dass wir in kurzen Zeiträumen ein kräftiges Signal sowohl an die Märkte als auch an unsere politischen Partner innerhalb der Euro-Zone aussenden.

Die Bundeskanzlerin hat vorgestern darauf hingewiesen, dass die gegenwärtige Krise des Euro die **größte Bewährungsprobe** ist, die Europa **seit der Unterzeichnung der Römischen Verträge** zu meistern hat. Deswegen will ich an dieser Stelle darauf

hinweisen, dass der **Euro** nicht nur ein ökonomisches, sondern **vorrangig immer auch ein politisches Projekt** war, das die europäische Integration abgesichert und Deutschland sowie die Europäische Union zu einer Zone eines friedlichen und stabilen Miteinanders fortentwickelt hat. Nach den schmerzlichen Erlebnissen des Zweiten Weltkriegs haben gerade wir Deutsche hohes Interesse an der Schaffung eines integrierten Europas. Die Integration als Garant für Frieden und Freiheit in Europa ist Teil der deutschen Staatsraison, die es auch heute zu verteidigen gilt. Das ist das Erbe der Politik von **A d e n a u e r**, **K o h l** und **G e n s c h e r**. Ein wichtiger Grund für die Währungsunion war es, diesen Erfolg unumkehrbar zu machen. Ich empfinde es als schade, dass dieser Aspekt durch eine teilweise innenpolitisch geprägte Debatte gelegentlich etwas verschüttet wird.

Wir haben natürlich auch aus ökonomischen Gründen den Euro eingeführt. Dazu ist viel gesagt worden; das will ich nicht wiederholen.

Deswegen müssen wir für die Stabilität des Euro Sorge tragen. Die Maßnahmen sind wohlbegründet. Mit dem Wissen und den – auch international – rechtlichen Möglichkeiten von heute sind sie eine vertretbare Alternative, auch wenn ich nicht sagen will, sie seien im klassischen Sinne alternativlos. Ich meine, Ihnen aus guten Gründen den Stabilitätsmechanismus empfehlen zu können. Er trägt dazu bei, das Vermögen der kleinen Sparer, der Familienunternehmen, eines jeden, der unsere Währung benutzt, zu sichern.

Der Schaden einer verzögerten oder unterlassenen Hilfsmaßnahme ist kaum bezifferbar. Es bestünde ein erhebliches Risiko, dass es zu Effekten käme, die wir alle nicht akzeptieren könnten. Ich bedanke mich beim **Bundesrat** ausdrücklich dafür, dass er **durch die Zustimmung zur Fristverkürzung** ebenfalls ein deutliches **Signal an Europa gesandt** hat.

Es ist verschiedentlich darauf hingewiesen worden, dass diese Maßnahme allein keine Wirkung erzielen könne. Das ist richtig. Die Bundesregierung reagiert entsprechend: Der **Bundeshaushalt** steht in den nächsten Jahren vor einer schweren Konsolidierungsaufgabe. Erste Anzeichen sind in munteren Debatten dieser Woche bereits zu erkennen gewesen. Wir werden die **Konsolidierung** – gemeinsam mit Ihnen – in den nächsten Jahren zu einem unserer **Kernanliegen** machen.

Ich will aber deutlich sagen: Die Spekulation ist nicht Ursache der Probleme, sondern Symptom für eine teilweise verfehlte Haushaltspolitik. Deswegen ist das Konsolidierungserfordernis in allen Ländern der Euro-Zone nicht begründet durch das, was wir heute beschließen. Dieser irrigen Annahme widerspreche ich nachdrücklich. Das zu beschließende Paket ist nicht der Grund dafür, dass wir zukünftig ein Mehr an Haushaltsdisziplin brauchen. Im Gegenteil, **Haushaltsdisziplin** ist das **Instrument, um uns vor zukünftigen Angriffen auf den Euro zu schützen**. Deswegen muss strikte Haushaltskonsolidierung den Abschreckungsmechanismus gegen die Spekulation begleiten.

(C)

(D)

Parl. Staatssekretär Steffen Kampeter

(A) Meine Damen und Herren, es ist angefragt worden, warum die Bundesregierung noch keine Gespräche mit dem Bundesrat über mögliche Einsparungen im europäischen Haushalt aufgenommen hat. Ich weise darauf hin, dass die **Finanzhilfen von 60 Milliarden Euro nach Artikel 122 des Lissabon-Vertrages** nicht zu Einsparungen führen, sondern durch die Ausgabe entsprechender Papiere gedeckt werden. Es ist schlechterdings nicht möglich, mit Ihnen eine Diskussion über etwas zu beginnen, was nicht passiert. Ich erwähne das, damit sich nicht der Eindruck verfestigt, die Stabilisierung der europäischen Währung führe zu Kürzungen in einem Sozial- oder einem Agrarprogramm der EU.

Mehrere Redner haben davon gesprochen, dass man mehr tun müsse. Das ist richtig und von der Bundesregierung bereits aufgegriffen worden. Wir haben festgestellt, dass es bei bestimmten Produkten auf den Finanzmärkten zu Fehlentwicklungen gekommen ist. Den Nutzen bestimmter Finanzinstrumente müssen wir kritisch hinterfragen. Wir werden in begründeten Ausnahmefällen auch vor Verboten nicht zurückschrecken. Aktuell hat die **BaFin** – im Vorgriff auf die Abstimmung auf internationaler Ebene – mit Wirkung vom 19. Mai 2010 **ungedechte Leerverkäufe von Aktien und Staatsanleihen aus Euro-Ländern sowie ungedechte CDS auf Staatsanleihen verboten**. Das hat bei manchen Spekulanten zu einem Aufschrei geführt. Hier geht es um entschlossenes politisches Handeln.

(B) Darüber hinaus hat die Bundesregierung bereits einige gesetzliche Maßnahmen angestoßen, mit denen wir spekulativen Verwerfungen auf den Finanzmärkten weiter entgegentreten wollen:

Bei **Verbriefungen** wird ein Risikorückbehalt des sogenannten Originators, der verbriefenden Institution, von 5 % verlangt.

Ratingagenturen werden künftig unter staatliche Aufsicht gestellt und unterliegen verschärften Transparenzanforderungen. Sie sind verpflichtet, Interessenkonflikte offenzulegen.

Wir werden mit unseren europäischen Partnern eine vernünftige **Richtlinie zu alternativen Investmentfonds-Managern**, also zu Hedgefonds- und Private-Equity-Fonds-Managern, verabschieden.

Wer in der EU künftig Geschäfte machen will, muss sich von den **Aufsichtsbehörden in der EU zertifizieren** lassen. Der Beschluss des Ecofin vom 17. Mai ist ein wichtiger Schritt.

Meine Damen und Herren, es ist bereits angesprochen worden, dass es auch um die **Beteiligung des Finanzsektors an den Kosten der Krise** geht. Das ist nicht nur eine fiskalische Notwendigkeit, sondern, wie ich glaube, auch eine grundlegende Frage der Gerechtigkeit.

Wir werden uns deshalb auf internationalem Parkett für eine verstärkte **Finanzmarktbesteuerung** einsetzen. Auch mir ist es wichtig, dass wir eine Besteuerung bekommen, die Wirkung zeigt und nicht bloß Symbolcharakter besitzt. Die **G-20-Regierungschefs**

(C) werden bei ihrem Treffen im Juni in Kanada über einen **Bericht des Internationalen Währungsfonds** zu diesen Fragen diskutieren. Unser Ziel ist es, gemeinsame Lösungsansätze zu vereinbaren. Aber ich sage noch einmal: Wir brauchen Lösungen, die sowohl politisch als auch ökonomisch sinnvoll sind. Es hat keinen Sinn, vollmundig etwas anzukündigen oder zu fordern, wenn klar ist, dass es nicht eingeführt wird. Wir brauchen eine **internationale Lösung**, weil wir sonst Umgehungsmöglichkeiten schaffen, die zu groß sind und ökonomisch kontraproduktive Effekte haben. Das ist der Punkt.

Wir haben immer gesagt, wenn eine **Transaktionssteuer** global zu vereinbaren ist, dann kann man sie einführen. Ob sie global zu vereinbaren ist, werden wir auf dem G-20-Treffen in Kanada sehen. Ich hoffe, dass die Pessimisten, die da behaupten, dass die Chance auf eine solche Übereinkunft gering ist, durch eine vernünftige Lösung zu Optimisten werden.

Die Bedingung der schwierigen Durchsetzbarkeit zu ignorieren bedeutet allerdings, dass es um pure Symbolpolitik und um Populismus geht. Das wird den Menschen sehr rasch auffallen. Wenn wir eine Maßnahme einführen, die keine Effekte hat, wird das nur dazu führen, dass das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit der Politik weiter erschüttert wird.

(D) Meine Damen und Herren, ich bin mir sicher, dass wir mit dem Stabilisierungspaket nicht zu weit gehen, um die Krise in den Griff zu bekommen. Die Bedrohung, dass beispielsweise Portugal und Spanien von den Kreditmärkten abgeschnitten werden könnten und damit auch das Risiko eines Zusammenbruchs des europäischen Finanzsystems besteht, war sehr real. Deshalb komme ich zu dem Ergebnis, dass dieses Stabilisierungspaket, das hier vorgelegte Gesetz die beste aller Optionen ist. Es ist im deutschen Interesse. Es ist im Interesse von Frieden, Freiheit und Wohlstand in Europa. Ich werbe um Ihre Zustimmung. – Herzlichen Dank.

Amtierender Präsident Kurt Beck: Vielen Dank!

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Ein Antrag auf Einberufung des Vermittlungsausschusses liegt nicht vor.

Ich stelle daher fest, dass der Bundesrat den **Vermittlungsausschuss nicht angerufen** hat.

Mit diesem Beschluss hat sich zugleich eine Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung in Drucksache 291/10 erledigt.

Verehrte Damen und Herren, die **nächste Sitzung** des Bundesrates berufe ich ein auf Freitag, den 4. Juni 2010, 9.30 Uhr.

Ich wünsche Ihnen ein schönes Pfingstwochenende.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 14.39 Uhr)

